12.3.2010 - epd

Schonungslose Aufklärung der Missbrauchsfälle gefordert - Papst Benedikt reagiert mit großer Betroffenheit

Frankfurt a.M. (epd). In der Debatte über Missbrauchsfälle haben der Papst sowie Vertreter aus Politik und Kirche eine umfassende und rasche Aufklärung gefordert. Mit großer Betroffenheit und tiefer Erschütterung habe Benedikt XVI. auf die Fälle in katholischen Einrichtungen in Deutschland reagiert, sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, am Freitag nach einem Treffen mit dem Papst in Rom.

Der Freiburger Erzbischof Zollitsch hatte Benedikt über Strategien im Umgang mit dem Missbrauchsskandal unterrichtet. Das Kirchenoberhaupt unterstütze uneingeschränkt die Maßnahmen der deutschen Bischöfe zur Aufklärung und zur Prävention künftiger Missbrauchsvorfälle, hieß es weiter. Benedikt ermutige die Deutsche Bischofskonferenz, den eingeschlagenen Weg der lückenlosen und zügigen Aufklärung fortzusetzen.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und die katholischen Bischöfe haben sich noch nicht auf einen Termin für ein Gespräch über die Missbrauchsfälle geeinigt. Es werde weiter ein Termin gesucht, sagte ein Ministeriumssprecher in Berlin. Die Verstimmungen zwischen den Bischöfen und der Justizministerin waren im Februar durch den Vorwurf Leutheusser-Schnarrenbergers ausgelöst worden, die Kirche arbeite mit den Strafverfolgungsbehörden nicht konstruktiv zusammen.

Der Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller sagte in einem Interview der italienischen Tageszeitung «La Stampa» (Freitagsausgabe), die Justizministerin habe «gelogen, weil weder der Heilige Stuhl noch die deutsche Kirche je Anweisung gegeben haben, den Klerus der staatlichen Justiz zu entziehen». In Deutschland seien Priester, die sexuellen Missbrauch begangen hätten «nie in irgendeiner Form gedeckt worden», sagte Müller am Rand einer Tagung der vatikanischen Kleruskongregation in Rom.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) hatte den Papst aufgefordert, sich bei den Opfern zu entschuldigen. Eine solche Geste sei mehr wert als einige tausend Euro Entschädigungszahlungen, sagte Thierse dem RBB-Inforadio am Freitag in Berlin. Thierse ist auch Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Die katholische Reformbewegung «Wir sind Kirche» hatte zuvor von Papst Benedikt XVI. grundsätzliche Konsequenzen verlangt. Die «insgesamt sehr problematische Einstellung der katholischen Kirche zur Sexualität» sei ein weltweites Problem, sagte «Wir sind Kirche»-Sprecher Christian Weisner am Freitag im Radiosender SWR2.

Der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke verteidigte im Deutschlandfunk das Gebot der sexuellen Enthaltsamkeit für Priester. Er räumte aber ein, dass die zölibatäre Lebensform Menschen anziehen könne, «die eine krankhafte Sexualität haben». Der Kirchenkritiker und frühere Priester Eugen Drewermann forderte im Deutschlandradio Kultur die katholische Kirche auf, die Notwendigkeit des Pflichtzölibates zu überprüfen.

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend erklärte: «Wir werden dafür sorgen, dass in unseren Reihen nichts vertuscht und verheimlicht wird.» Zugleich wehrte sich die Organisation in einer Stellungnahme gegen den Generalverdacht, dass Leiter und andere Verantwortliche, die im kirchlichen Rahmen mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten, als potenzielle Täter wahrgenommen werden.

Während immer neue Missbrauchsfälle bekanntwerden, steigt die Zahl der Kirchenaustritte in einigen deutschen Regionen offenbar leicht an. Ein eindeutiger Trend lässt sich allerdings anhand der aktuellen

Zahlen noch nicht belegen, wie am Freitag eine epd-Umfrage bei Standesämtern und Amtsgerichten ergab. Während in bayerischen Städten höhere Austrittszahlen registriert wurden, zeichnete sich in anderen Regionen kein nennenswerter Anstieg ab.

Zudem blieb offen, ob es einen Zusammenhang zwischen Austritten und aktueller Missbrauchsdebatte gibt. Die zuständigen Standesämter erheben die Gründe für den Kirchenaustritt nicht. Umfassendes Zahlenmaterial für März 2010 liegt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden voraussichtlich erst in zwei Jahren vor.
Zuletzt geändert am 12.03.2010